67. Jahrgang. № 494

Freitag, 24. November 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Kaffeetrinker
Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 15 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich ℳ 275,—. Einzelnummer ℳ 15,—. Sonntagsausgabe ℳ 20,—. | Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile ℳ 35,—, außerhalb Sachsens ℳ 45,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts ℳ 30,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Vor der Regierungserklärung im Reichstag.

Die voraussichtliche Unterstützung des Kabinetts Cuno.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. Nov. Die Regierungserklärung im Reichstage erfolgt heute, Freitag, nachmittag um 1 Uhr. Der Reichspräsident hat den Abgeordneten telegraphisch Mitteilung von dieser Absicht der Regierung machen lassen. Mit den bürgerlichen Parteien ist ein Vertrauensvotum vereinbart, das so geschickt gefaßt ist, daß auch die Sozialdemokraten gegen dieses Votum nicht stimmen können, denn die Programmrede des neuen Kanzlers muß auch ihre Billigung finden. Die Deutschnationalen werden vermutlich dem Vertrauensvotum zustimmen, so daß mindestens 245 Stimmen von 459 Abgeordneten hinter dem neuen Kabinett stehen. Das neue Kabinett hofft im übrigen, bereits im Dezember Gelegenheit zu haben, mit England und Amerika positive Ergebnisse wegen der Stabilisierung der Mark zu tätigen, so daß die Befürchtungen wegen der kurzen Dauer dieses Kabinetts kaum zutreffen werden.

Wie weiter verlautet, besteht in Kreisen der Parteien der Arbeitsgemeinschaft die Absicht, einen Vertrauensantrag einzubringen, der etwa lauten würde: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft würden voraussichtlich geschlossen für ein solches Votum stimmen; ihnen dürfte sich die Bayerische Volkspartei anschließen.

Wie in Reichstagskreisen verlautet, macht sich in der Arbeiterschaft ein Widerstand gegen die Opposition der Sozialdemokratie dem neuen Kanzler gegenüber bemerkbar und in Versammlungen sind bereits glatte Absagen gegen die Saboteurpolitik der Fraktion ergangen. Auch in der Fraktion der Sozialdemokraten wächst immer mehr die Erkenntnis, daß ein Ausscheiden aus der Regierung ein unklarer Schritt gewesen sei, und man versucht bereits wieder Brücken zu den bürgerlichen Parteien zu schlagen.

Fortsetzung der Wirthschen Politik?

Berlin, 23. Nov. Man sieht dem Programm des neuen Kabinetts mit Spannung entgegen, da ja innerhalb der neuen Regierung verschiedene Richtungen vertreten sind. Von einigen Seiten wird die Ansicht geäußert, daß der neue Reichskanzler das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts Wirth übernehmen und vertreten wird. Darauf läßt auch die Rede schließen, die er im gestrigen Kabinettsrat im Anschluß an die Abschiedsrede Dr. Wirths hielt und in der er erklärte, er habe die Absicht, die Politik dort fortzusetzen, wo Reichskanzler Wirth sie verlassen habe.

Die Bayrische Volkspartei und das neue Kabinett.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 23. Nov. Die Bayrische Volkspartei begrüßt in warmer und vertrauensvoller Weise den neuen Reichskanzler und sein Kabinett. Die Bayrische Volkspartei sagt in ihrer parteioffiziösen Stellungnahme u. a.: Wir stehen dem neuen Leiter der Reichsgeschicke mit aller Unvoreingenommenheit gegenüber. Wenn die Bayrische Volkspartei auch zurzeit enge parlamentarische Bindungen ablehnen muß, so hindert das nicht daran, daß sie dem Reichskanzler und seiner Regierung mit allen Kräften bei dem Versuch des großen nationalen Rettungswerkes behilflich sein werde.

Frankreich erwartet Zahlungsangebote von Cuno!

Paris, 23. Nov. Der „Temps" schreibt zu der endgültigen Bildung des Kabinetts Cuno: Wir wollen in der inneren deutschen Politik nicht Partei ergreifen, stellen aber fest, daß das Kabinett Cuno den Alliierten gewisse Besorgnis einzuflößen vermag. Es ist eine Minderheitsregierung (?), während Deutschland, um seine finanzielle Lage wieder herzustellen, gerade der Einigung aller seiner Kräfte bedarf. Es ist eine Rechtsregierung, während uns für die Ruhe Europas und zum Wohle des deutschen Volkes gerade die Befestigung der deutschen Republik unerläßlich erscheint. Daher warten wir ungeduldig darauf, daß der neue Kanzler sich über seine Politik in der Reparationsfrage ausspricht. **Es ist gesagt worden, er würde sich darauf beschränken, für die letzte Note des Kabinetts Wirth die Verantwortung zu übernehmen. Wir möchten nicht glauben, daß er diesen Fehler macht.** Was der letzten Note des Kabinetts Wirth jeden Wert nahm, war der Umstand, daß sie, anstatt Zahlungen zu versprechen, sich mit der Forderung von Darlehen begnügte. Cuno hat ein Kabinett gebildet mit derjenigen Partei, die das eigentliche deutsche Kapital vertritt. Von ihm erwarten wir zu hören, wie und wann er dieses Kapital flüssig zu machen gedenkt, um die Reparationsschulden zu bezahlen. Wenn ein Ministerium unter dem Vorsitz Cunos, des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie, steht und wenn ihm in der Person Becker-Hessen ein notorischer Vertreter der größten Industrie-Interessenten zur Seite steht, so kann dieses Ministerium sich nicht in unbestimmten Formeln bewegen. Wenn es Vertrauen einflößen will, muß es bestimmte Angebote bringen. (W. T. B.)

Die dänische Presse über Dr. v. Rosenberg.

Kopenhagen, 23. Nov. Die Kopenhagener Presse bedauert einmütig, daß Rosenberg nach so kurzer Tätigkeit schon wieder aus Kopenhagen scheiden müsse. „Politiken" bemerkt unter anderem: Rosenberg hat sich in Kopenhagen trotz der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit eine angesehene Stellung geschaffen. — „Berlingske Tidende" führt aus: Rosenberg hat es in Kopenhagen verstanden, ausgezeichnete Beziehungen nach allen Seiten anzuknüpfen. Man weiß bestimmt, daß er diesen Posten nur ungern verläßt. — Aehnlich drückt sich „National-Tidende" aus. — Das Regierungsorgan „Kjøbenhavn" führt aus: Rosenberg wird als Mann mit scharfem, klarem Kopfe und hervorragender Ausbildung in seinem Fache geschildert. Er ist nicht der Typ eines Junkers, vielmehr der eines Gelehrten, jedoch nicht von der sogenannten trockenen Art. Er hat ein lebhaftes, gewinnendes Wesen und für alle neuen Strömungen großes Interesse. Sein Urteil ist kritisch und überlegen. (W. T. B.)

Memel, der nördlichste Wächter deutscher Kultur.

Dem neuen Außenminister v. Rosenberg erwächst in der Memeler Frage gleich eine Aufgabe, bei deren Behandlung er zeigen kann, ob er die Hand am Pulse der nationalen öffentlichen Meinung ohne Unterschied der Partei hält und trotz der eng verschlungenen, die deutsche Bewegungsfreiheit hemmenden Maschen des Versailler Vertragsnetzes den deutschen Standpunkt mit Geschick und Würde zu wahren versteht. Die Stadt Memel bildete im alten Reiche das nördlichste Wahrzeichen deutscher Kultur auf dem europäischen Kontinent und ist ein halbes Jahrhundert hindurch ein von allen Kriegsereignissen unberührter deutscher Besitz geblieben. Das Memeler Gebiet, Stadt und Umgebung zusammengenommen, ist mit seinen 150 000 Einwohnern zu 95 v. H. deutsch und bildet das natürliche Verbindungsglied zwischen Deutschland und Litauen, indem es zugleich dem deutschen Handel die Tür nach Rußland öffnet. Hier setzten nun der Konkurrenzneid und die Ländergier der Entente ein, um Deutschland dieses Stützpunktes seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu berauben, und so wurde denn in Versailles der Beschluß gefaßt, die endgültige Regelung des Schicksals dieser deutschen Kolonie dem Völkerbundsrate zu überlassen und das Gebiet einstweilen durch einen französischen Oberkommissar verwalten zu lassen. Deutschland hat sich im Versailler Vertrage bequemen müssen, die von den Alliierten zu treffenden Bestimmungen über gewisse im Vertrage näher bezeichnete Gebietsteile im Osten nach Art. 99 im voraus anzuerkennen; eine Zumutung, über deren gewalttätigen, jedem Rechtsgefühl hohnsprechenden Charakter kein Wort verloren zu werden braucht. Wenn aber die Reichsregierung durch den Artikel 99 gehindert wird, der Entscheidung des Völkerbundsrats ihre Zustimmung zu versagen, so bleibt es ihr doch unbenommen, auf den Beschluß des Rates, solange er noch in der Schwebe ist, mit allen zu Gebote stehenden diplomatischen Mitteln einzuwirken und den Versuch zu machen, die Instanz, die das letzte Wort in der Sache zu sprechen hat, durch Vorlegung eingehender Nachweise über den deutschen Charakter der Bewohner und durch nachdrückliche Berufung auf das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zu einem Verfahren zu bewegen, das auch vom deutschen Standpunkte aus anerkannt werden könnte. Ein solches Verfahren aber kann allein eine Volksabstimmung sein, die, unbehindert durch Kniffe und Praktiken, wie wir sie in Eupen-Malmedy erlebt haben, die wirkliche Meinung der Memeler Bevölkerung zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne muß der neue Leiter des Auswärtigen Amtes sich in der Memeler Frage betätigen, und er darf bei seinem Vorgehen der einmütigen Unterstützung der ganzen Nation sicher sein. Die Abtrennung Memels von Deutschland durch einen einseitigen Ukas der Entente, ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung, stellt einen Gewaltakt dar, den die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung nicht still und gelassen hinnehmen dürfen, sondern gegen den sie gemeinsam den Protest des Rechtes zum Ausdruck bringen müssen. Der Versailler Vertrag selbst hat feierlich und förmlich den Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung anerkannt. Wenn nun die augenblicklichen Machthaber der Siegerstaaten verblendet genug sind, um trotz aller bösen Erfahrungen, die sie mit ihrer Gewaltpolitik gemacht haben, auch in der Memeler Frage wieder lediglich die Faust entscheiden zu lassen und sich über das Recht der Memeler Deutschen auf eigene Bestimmung ihres nationalen Schicksals hochmütig hinwegzusetzen, so muß wenigstens von deutscher Seite mit der ganzen moralischen Wucht, die unserem geknebelten Volke immer noch zu Gebote steht, das wahre Wesen einer solchen Politik gekennzeichnet werden. Wir müssen der zivilisierten Welt den Rechtsbruch, der hier wieder begangen wird, ins Bewußtsein hämmern, unbeschadet der bitteren Notwendigkeit, daß wir uns letzten Endes mit dem Spruche des Völkerbundsrats äußerlich, wenn auch nicht mit unserem inneren Rechtsgefühl, abzufinden haben. Die Frage ist jetzt dringlich geworden, weil die Entscheidung des Obersten Rates unmittelbar bevorstehen soll.

Eine Volksabstimmung im Memeler Gebiete wäre unerläßlich, wenn auch nur eine Spur von gutem Willen, das im Versailler Vertrage selbst festgesetzte Recht der nationalen Eigenbestimmung walten zu lassen, bei der Entente vorhanden wäre. Die treibende Kraft in der Angelegenheit aber bildet das im Völkerbundsrate ausschlaggebende Frankreich, und daraus ergibt sich für uns die Erkenntnis, daß wir praktisch für unsere Forderung nach Volksabstimmung nichts zu erhoffen haben, wenn uns das selbstverständlich auch nicht abhalten darf, unseren Standpunkt nachdrücklich zu wahren. Die Franzosen sind auf den Hafen von Memel versessen, weil er eine wichtige Rolle in ihren politischen Plänen spielt, die darauf abzielen, Deutschland im Osten vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere so abzusperren, daß es diese Mauer nicht durchdringen und weder wirtschaftliche noch politische Beziehungen engerer Art mit Rußland

Neue gewaltige Steigerung der Eisenbahntarife.

Erläuterungen des Verkehrsministeriums.

Neue Tarifsteigerung für Januar in Sicht!

Berlin, 23. Nov. Die Reichseisenbahn erhöht zum 1. Dezember die Güter- und Tiertarife um 150 Prozent, die Personentarife um 100 Prozent.

Dazu schreibt die Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums u. a.: Während die hundertprozentige Steigerung der Personentarife bereits früher bekanntgemacht ist, haben erst die Ermittlungen der letzten Tage über die voraussichtlichen Ausgaben der Reichseisenbahn im November und Dezember zu dem Entschlusse geführt, für die Gütertarife am 1. Dezember eine Erhöhung von 150 Prozent eintreten zu lassen. Wenn auch die unbedingt notwendige Balancierung des Eisenbahnetats für das erste Haushaltshalbjahr, so auch nach einer vorläufigen Errechnung noch für den Monat Oktober vorhanden ist, so lassen die sprunghaften Preissteigerungen, die seit Beschlußfassung über die letzte Tariferhöhung (30. Oktober) eingetreten sind, es als zweifelhaft erscheinen, ob die zum 1. November eingetretene Gütertariferhöhung um „nur" 50 Prozent die Ausgaben des Monats November voll decken wird, zumal die Reichseisenbahn infolge der sehr starken Kartoffeltransporte im Oktober und November über 30 Milliarden Einnahmen (Notstandstarife) weniger verzeichnet hat. **Von einer Anpassung der Tarife an die Preisentwicklung durch Erhöhung während des November wurde wegen der von wirtschaftlicher Seite gegen derartige Zwischenerhöhungen geltend gemachten Bedenken und wegen der großen Störungen, die in dem Geschäftsbetriebe der Reichseisenbahn dadurch eintreten können, abgesehen.** Die Pressestelle weist ferner auf die sprunghafte Erhöhung der hauptsächlichsten Bedarfsgegenstände der Reichseisenbahn und insbesondere auf die Tatsache hin, daß ein Fünftel der Eisenbahnkohlen englische Kohle ist, und führt weiter aus:

Die Gütertarife bleiben, auch wenn sie vom 1. Dezember ab das 1680fache der Friedenssätze betragen, immer noch hinter dem Durchschnittspreise der Reichseisenbahn für Kohle und Eisen schon nach dem Preisstande vom 18. November zurück. Die Steigerung der Personentarife wird am 1. Dezember erst das 90fache der Friedenssätze betragen.

Weitere Steigerungen, und zwar unter Heranziehung der höheren Klassen, sind auch hier zum 1. Januar zu erwarten.

Bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage muß die Reichseisenbahn im Interesse des Volksganzen jeder Preissteigerung in ihren Gütertarifen folgen, um bei einer Stabilisierung der Mark oder beim Sinken der Konjunktur aus der inneren Gesundheit ihres Unternehmens heraus auch die rückläufige Bewegung durch Preissenkung in ihren Gütertarifen mitmachen zu können. (W. T. B.)

Die Darmstädter Ausschreitungen vor Gericht.

Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen wurde von der hiesigen Strafkammer heute nachmittag das Urteil gegen die an den Ausschreitungen vom 27. Juli d. J. Beteiligten verkündet. Gegen 16 Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr verhängt. Es handelt sich um jene Ausschreitungen, in deren Verlaufe in den Räumen der „Hess. Landesztg." und des „Tägl. Anz.", sowie des Barons Helmolt-Holtensen und des Abg. Dr. Osann Zerstörungen angerichtet worden waren und bei denen der Abg. Dingeldey mißhandelt worden war. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 6287,5
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6500